

cher Arbeitsstoffe häufig nicht ausreichend beachtet werden. Dies gilt vor allem für mittlere und kleinere Unternehmen, in denen nur gelegentlich mit gefährlichen Arbeitsstoffen gearbeitet wird. Clauss erinnerte die Arbeitgeber an ihre diesbezügliche Verantwortung und wies auch darauf hin, daß es auch bei Arbeitnehmern noch Informationsdefizite und ein mangelndes Problembewußtsein beim Umgang mit gefährlichen Arbeitsstoffen gibt. Zusätzlich zur Einhaltung der entsprechenden Vorschriften sei also eine noch intensivere Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren am Arbeitsplatz erforderlich. WZ

NIEDERSACHSEN

Auch 1979 mehr Landesmittel für Krankenhausinvestitionen

Auch im Haushalt für das Jahr 1979 sei die Landesregierung bemüht, durch einen erhöhten Landesanteil für Krankenhausinvestitionen einen Ausgleich zu den Mittelkürzungen durch den Bund zu schaffen. Dies erklärte Sozialminister Hermann Schnipkoweit mit Hinweis darauf, daß das Land 1978 mit 130,5 Millionen DM zur Förderung von Investitionen im Krankenhausbereich 41,8 Millionen DM mehr als der Bund dafür zur Verfügung gestellt habe.

Schnipkoweit rief die niedersächsischen Bundestagsabgeordneten dazu auf, bei den Beratungen über die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes für eine Aufstockung der Investitionsmittel einzutreten, und empfahl ihnen auch, sich die Krankenhäuser in ihren Wahlkreisen anzusehen, damit ihnen die Notwendigkeit der seit langem geplanten Sanierungsmaßnahmen bewußt werde.

Der Minister hat auch den Deutschen Städtetag um Unterstützung seiner Forderungen gebeten. WZ

NORDRHEIN-WESTFALEN

Fast eine Milliarde DM Krankenhausförderung

Im Haushaltsentwurf des Landes sind für 1979 für den Bereich der Krankenhausförderung 991,2 Millionen DM vorgesehen. Bei der Erläuterung des Entwurfes erklärte der Staatssekretär im Sozialministerium, Paul Arnold Nelles, vor dem zuständigen Landtagsausschuß, er hoffe, nach der Aufarbeitung der „Zielplanbesprechungen“ den Entwurf des Krankenhausbedarfsplans Anfang 1979 den Beteiligten zur Anhörung zu leiten zu können. Nelles meinte, die Krankenhausbedarfsplanung sei in keinem anderen Bundesland so gründlich vorbereitet worden wie in Nordrhein-Westfalen.

Nach dem Haushaltsentwurf werden die Zuschüsse für „Maßnahmen zur Fortentwicklung der Altenhilfe unter Einbeziehung von Zusammenschlüssen sozialpflegerischer Dienste“ auf 6 Millionen DM mehr als verdoppelt.

Die zusätzlichen 3,1 Millionen DM sind ausschließlich für Sozialstationen vorgesehen. gb

Jeder achte Arzt ist Ausländer

Die Zahl der in Nordrhein-Westfalen ihren Beruf ausübenden Ärzte hat sich nach Feststellungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik während des Jahres 1977 um 2,2 Prozent auf rund 32 500 erhöht.

Dabei betrug die Zuwachsrate bei deutschen Ärzten 1,8 Prozent, bei Ausländern dagegen 5,2 Prozent, so daß Anfang 1978 Ausländer bereits mehr als 12 Prozent der gesamten nordrhein-westfälischen Ärzteschaft stellten.

Aus den Erhebungen geht weiter hervor, daß 56 Prozent der Ärzte

über eine Facharztanerkennung verfügen. Dabei liegt das Gebiet Innere Medizin mit 24 Prozent der weitergebildeten Ärzte weit vor allen anderen Gebieten (Allgemeinmedizin 13 Prozent, Frauenkrankheiten 11 Prozent, Chirurgie 10 Prozent, Kinderkrankheiten 7 Prozent). LDS

BADEN-WÜRTTEMBERG

Viele Kleinbetriebe: Problem für die betriebsärztliche Betreuung

Auf die Probleme der betriebsärztlichen Betreuung der Arbeitnehmer in einem Land wie Baden-Württemberg mit seinen vielen Klein- und Mittelbetrieben verwies Ministerialrat Dr. med. Wolfram Bappert vom Gesundheits- und Sozialministerium beim arbeitsmedizinischen Grundseminar der Sozial- und Arbeitsmedizinischen Akademie Ulm in Stuttgart. In Baden-Württemberg haben 182 000 Betriebe (das sind 95 Prozent aller Betriebe) mit zusammen 1,1 Million Beschäftigten (30 Prozent aller Arbeitnehmer) weniger als 50 Beschäftigte und fallen daher nicht unter das Arbeitssicherheitsgesetz; dabei kann, wie Dr. Bappert deutlich machte, in einzelnen Fällen die Gesundheitsgefährdung größer sein als in Großunternehmen.

Daher spiele in Baden-Württemberg das werksärztliche Zentrum und vor allem der nebenberufliche Werksarzt eine große Rolle. Dr. Bappert appellierte in diesem Zusammenhang an die Berufsgenossenschaften, nicht die Einsatzzeiten für Betriebsärzte generell auszuweiten, sondern sich besonders für die betriebsärztliche Versorgung der Arbeitnehmer in diesen Klein- und Mittelbetrieben einzusetzen. Die Sozial- und Arbeitsmedizinische Akademie Ulm berichtete über eine fünfprozentige Zunahme der 1977 gemeldeten Fälle von Berufskrankheiten. Der Anstieg betrug 449 gemeldete Fälle. us